



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Genossinnen und Genossen,

diese Woche hat mit unterirdischen Schlagzeilen begonnen und endet mit einem sozialdemokratischen Erfolg in Sachen Leiharbeit und Werkverträge.

Unterirdisch fand ich die Rücktritts-Schlagzeilen zu Sigmar Gabriel, verursacht durch das Gefasel eines einzelnen – stockkonservativen – Focus-Journalisten in einer Sendung des Bayrischen (!) Fernsehens. Erschreckend, dass eine einzelne Äußerung reicht, um alle Blätter und Nachrichtensendungen mehrere Tage zu füllen. Während übrigens die umgehenden Gegenäußerungen aus der SPD erst mit Verzögerung und auch nur vereinzelt wiedergegeben wurden. Aber hier gilt wohl der bekannte Satz, dass zu viel Recherche die Geschichte kaputt macht. Ideal ist, wenn wir solchen Geschichten mit guter Politik begegnen. Und das wurde gerade diese Woche nach langem Ringen im Koalitionsausschuss erreicht. Leiharbeit wird eingegrenzt und unterliegt strengeren Regeln.

Die Umgehung durch angebliche Dienst- und Werkverträge, die in Wirklichkeit keine sind, wird durch Offenlegungspflichten und gesetzliche Festschreibung von Kriterien künftig unterbunden. Damit ist ein weiteres zentrales Anliegen der SPD aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Mal gespannt, wie lange dies für Schlagzeilen sorgt...

Vermutlich nicht mehr als einen Tag; denn es scheint ein seltsames Phänomen unserer Zeit zu sein: Je unwichtiger die Themen, desto ausführlicher die öffentliche Aufregung, während wirklich wichtige Debatten praktisch untergehen. Deshalb in diesem Newsletter auch eine Übersicht über die Leistungen, die das Auswärtigen Amt mit Geldern aus dem Bundeshaushalt im Krisengebiet rund um Syrien organisiert oder auch die Übersicht über unsere Entlastungen für Kommunen – übrigens auch ein verwirklichter Teil aus dem Koalitionsvertrag.

Viel Freude beim Lesen,

## Entlastung für Kommunen

Kommunen brauchen eine faire und nachhaltige Finanzierung. Zusätzlich zu den bereits beschlossenen Entlastungen wurden im Kabinettsbeschluss zum Haushalt 2017 weitere Mittel bereitgestellt: Dazu gehören weitere 5 Mrd. Euro für Integrationsleistungen, die sich aus Eingliederungsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt (2,2 Mrd.), Wohnungsbau (1,8 Mrd.), Integrati-

onskursen (1 Mrd.), Kitaplätzen (500 Mio.) zusammensetzen. Zur Erinnerung: Seit 2014 übernimmt der Bund die Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung komplett. Das sind rund 6 Mrd. Euro jährlich.

→ [Mehr zum Thema](#)

## Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen

Eine weiteres wichtiges Versprechen aus dem Koalitionsvertrag haben wir umgesetzt: Der Koalitionsausschuss hat diese Woche beschlossen, den Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen zügig ins Bundeskabinett und ins parlamentarische Verfahren einzubringen. Damit wird es zukünftig klare Regeln für Leiharbeit und Werkverträge geben. So verhindern wir den Missbrauch und das Umgehen von Arbeitsstandards. Die Leiharbeit wird durch die neue Überlassungshöchstdauer und den Grundsatz von Equal Pay auf ihre eigentliche Funktion zurückgeführt: Sie wird Unternehmen auch zukünftig die notwendige Flexibilität für Auftragsspitzen oder Vertretungen bieten, aber nicht weiter als Instrument zur Verdrängung der Stammbeschäftigten dienen. Umgesetzt wird dies durch die gesetzliche Klarstellung, wer Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer ist, die Offenlegung von Arbeitnehmerüberlassung sowie die Stärkung der Betriebsräte durch die Klarstellung der Informationsrechte.

→ [Mehr zum Thema](#)

## Bürgeranliegen

Im letzten Monat erreichten mich Zuschriften und Anfragen schwerpunktmäßig zu den Themen Fracking, dem EEG, TTIP, und dem Wertstoffgesetz. Darüber hinaus zum UN-Sozialpakt, zum Bundesteilhabegesetz, Werkverträgen und Lehrbeauftragten an Hochschulen.

## Beiträge des Auswärtigen Amtes zur Syrienkrise

Als aktives Mitglied der International Syria Support Group (ISSG) versucht Deutschland durch Einbindung aller relevanten regionalen und internationalen Akteure dem innersyrischen Verhandlungsprozess Rahmen und Impulse zu geben. So fand u.a. Ende Februar auf Initiative Deutschlands ein Treffen der ISSG in München statt, bei dem durch die Vereinbarungen zur Waffenruhe und zum politischen Prozess der Einstieg für weitere substantielle Gespräche ermöglicht wurde.

Die Stabilisierungsmaßnahmen des Auswärtigen Amtes (AA) sind darauf ausgerichtet, den Weg für eine politische Lösung zu bereiten: zum einen direkt durch technische Unterstützung für die Verhandlungsdelegation der syrischen Opposition und für die Arbeit des Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen (VNSB) für Syrien, Staffan de Mistator; zum anderen indirekt, indem in den von der gemäßigten Opposition gehaltenen Gebieten Syriens Maßnahmen umgesetzt werden, die die Lebensumstände der

Zivilbevölkerung verbessern, den Zerfall staatlicher Strukturen aufhalten und Bleibeperspektiven schaffen sollen. Mit der Förderung der zivilen Katastrophenhelfer White Helmets (Beitrag AA 5 Mio. in 2016), der finanziellen Unterstützung der Vorhaben der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), der Finanzierung von medizinischem Personal, der Lieferung von dringend benötigtem Saatgut und Dünger für die Landwirtschaft sowie der Bereitstellung von Räumgerät und Einsatzfahrzeugen sind nur einige der Unterstützungsmaßnahmen des Auswärtigen Amtes in Gesamthöhe von rd. 40 Mio. Euro zur Stabilisierung seit 2013 genannt. Insgesamt beläuft sich die Unterstützung der Bundesregierung für Syrien und seine Nachbarländer seit 2012 auf 1,73 Mrd. Euro, davon 825,4 Mio. Euro an humanitärer Hilfe aus dem Haushalt des Auswärtigen Amtes.

→ [Mehr zum Thema](#)



*v.l.n.r.: Udo Lutz, Reiner Hoffmann, Bernhard Löffler, Uli Rabeneick, Sarah Pawlowski, Ute Vogt, Raiko Grieb bei der traditionellen Feier zum ersten Mai im Waldheim Heslach.*



*v.l.n.r. Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt, Holger Haas von der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart und die Stuttgarter Bundestagsabgeordneten Ute Vogt und Stefan Kaufmann bei der Übergabe der Förderbescheide Elektromobilität an Stadt und Region*



### Mein Team in Stuttgart:

Wilhelmsplatz 10  
70182 Stuttgart  
Tel: 0711 - 5188 90 10  
Fax: 0711 - 5188 90 20  
E-Mail: [stuttgart@ute-vogt.de](mailto:stuttgart@ute-vogt.de)

### Mein Team in Berlin:

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: 030 - 227 72894  
Fax: 030 - 227 76446  
E-Mail: [ute.vogt@bundestag.de](mailto:ute.vogt@bundestag.de)



[www.ute-vogt.de](http://www.ute-vogt.de)



[www.twitter.com/UteVogt](https://www.twitter.com/UteVogt)



[www.facebook.com/ute.vogt](https://www.facebook.com/ute.vogt)